

**10/7/2001**

## Abschied von der aktiven Arbeitsmarktpolitik?

Volkshilfe Österreich kritisiert Vorhaben zu einer AMS GmbH

„Durch die geplante Umwandlung des AMS (Arbeitsmarktservice) in eine GmbH mit direktem Weisungsrecht des Ministers wird eine erfolgreiche Ausgliederung de facto wieder rückgängig gemacht. Das bedeutet im Endeffekt eine Re-Verstaatlichung des Arbeitsmarktservices. Im paradoxen Gegenzug dazu verabschiedet man sich aus der finanziellen Haftung des Bundes. Die Entscheidungen werden zentralisiert, und die bisherigen Landesgeschäftsstellen werden zu „Filialen“ degradiert“, so nüchtern dokumentiert Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich, das aktuelle Regierungsvorhaben.

Dadurch verlieren bestehende und funktionierende regionale Netzwerke, wie die territorialen Beschäftigungspakte an Bedeutung und die Notwendigkeit, direkt mit dem Ministerium zu verhandeln steigt.

Gleichzeitig bedeutet der Entwurf auch einen Abschied von der aktiven Arbeitsmarktpolitik: die von Non-Profit-Organisationen gemeinsam mit den regionalen Landesgeschäftsstellen entwickelten und durchgeföhrten sehr ausdifferenzierten Maßnahmen zur nachhaltigen Integration von langzeitarbeitslosen und behinderten Menschen sind akut gefährdet.

Ein Beispiel sind sozialökonomische Betriebe, in denen diese Personen durch Beschäftigung und intensive Personalentwicklung wieder befähigt werden, einen Platz am Arbeitsmarkt zu finden. Allein in Wien gibt es ca. 450 solche Arbeitsplätze. Die Finanzierung dieser Programme war im noch geltenden Arbeitsmarktservicegesetz eindeutig geregelt. In den neuen Überlegungen finden sich dazu nur sehr vage Bestimmungen.

Wie erfolgreich, bedarfs- und bedürfnisgerecht auf Ministerebene initiierte Programme sind, sieht man am Beispiel des „Bürgergelds“, welches nach Protesten dann zum „Integra-Programm“ umgewandelt wurde.

„Deshalb ist zu befürchten, dass die vorhandene Infrastruktur und das Know How der Träger solcher arbeitsmarktpolitischer Einrichtungen nicht mehr genutzt wird und die nachhaltige Integration von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen Schwierigkeiten haben im Erwerbsleben Fuß zu fassen zugunsten von kurzfristigen, „aktionistischen Programmen“ aufgegeben wird.“, stellt Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich, fest.

Für den Inhalt verantwortlich:  
Volkshilfe Österreich  
Tel.: 402 62 09; Fax 408 58 01

E-Mail: [bundesverband@volkshilfe.at](mailto:bundesverband@volkshilfe.at)  
Wien, 6. Juli 2001

**Source:** Volkshilfe